



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Buchheim, Karl: Das Vermächtnis Brucks

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das Vermächtnis Brucks

Von Dr. Karl Buchheim



Am 22. April 1860 wurde dem österreichischen Finanzminister Karl Ludwig Freiherrn von Bruck noch spät abends ein veriegeltes Schreiben des Kaisers gebracht, durch das er unerwartet ohne Gnadenbeweise seines Amtes enthoben wurde. Außer sich vor ungerecht gekränktem Stolz brachte er sich noch in derselben Nacht tödliche Verletzungen mit dem Rasiermesser bei und starb am folgenden Tage. Am 26. April wurde er auf dem Wiener evangelischen Friedhof unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung beigesetzt. Aber kein Würdenträger des Staates erschien an seinem Grabe, ja das Wiener Regierungsorgan brachte nicht einmal einen Nachruf. So endete dieses Leben, das aus unbekanntem rheinischen Kleinbürgertum zu den Höhen der Macht emporgeführt hatte, mit einem außergewöhnlich jähen tragischen Sturze. Waren es doch falsche Verdächtigungen gegen die persönliche Ehrenhaftigkeit des Mannes, die seinen Fall herbeigeführt hatten.

Die Geschichte hat Bruck längst wieder anerkannt. Schon bald nach seinem Tode wurde es aller Welt offenbar, daß man ihm die Beteiligung an gewissen Unterschleifen während des unglücklichen italienischen Feldzugs von 1859 zu unrecht zugetraut hatte, und je tiefer die Forschung in die Geschichte des nachmärzlichen Österreich eindrang, um so heller leuchteten die staatsmännischen Verdienste dieses Ministers, der in dem talentreichen Ministerium Schwarzenberg, das Österreichs Neugestaltung nach dem Sturmjahr vollzog, wohl einer der genialsten Köpfe war, und der als Diplomat am Goldenen Horn und in Berlin auf schwierigem Posten glänzende Erfolge davongetragen hatte. Um also Brucks Namen vor der Geschichte wieder zu Ehren zu bringen, dazu war das neue Buch von Charmaß*) nicht erst nötig. Aber den weiteren Kreisen der gebildeten Öffentlichkeit Deutschlands, die sich seit Jahrzehnten leicht begreiflicherweise, aber doch ein wenig einseitig, nur für die politischen Führer unseres Volkes interessiert, die in Preußen gewirkt haben, kann das Buch zeigen, wie auch unter österreichischem Banner bedeutende Köpfe für die nationale Sache tätig gewesen sind, und wie hier große politische Gedanken geboren wurden, die unbeschadet des Wertes Bismarcks ihre Bedeutung bis in unsere Gegenwart in Anspruch nehmen dürfen. Das wertvollste Geschenk bietet uns

*) R. Charmaß, Minister Freiherr von Bruck, der Vorkämpfer Mitteleuropas, sein Lebensgang und seine Denkschriften. G. Hirzel. Leipzig 1916. Geh. 5 M., geb. 6,50 M.

Charmaz in den Denkschriften Brucks. Auch diese waren der Wissenschaft längst gedruckt zugänglich, aber die weitere Öffentlichkeit bedarf sehr wohl dieses neuen Hinweises und dieser bequemen Zusammenstellung. Als wissenschaftliche Biographie ist das Buch von Charmaz nicht zulänglich. Da stellen wir heute, seit wir den „Bismarck“ von Erich Marcks und den „Mevissen“ von Josef Hansen besitzen, ganz andere Anforderungen. Charmaz ist ein liberaler Publizist, dessen Bücher, wie die „Deutsch-österreichische Politik“ von 1907, und dessen Aufsätze in der „Hilfe“ und anderen liberalen Organen vom Standpunkte seiner Partei ganz brauchbar, aber nicht epochemachend sind. Zum historischen Biographen fehlt ihm wohl der eigentliche Beruf. Das Buch über Bruck ist offensichtlich viel zu schnell entstanden. Es lag dem Verfasser begreiflicherweise daran, Bruck noch im Kriege, bevor man an die Lösung des Mitteleuropaproblems herangeht, zu Gehör zu bringen. Das Wertvollste an dem Buche ist eben der zweite Teil, wo Bruck selber in seinen Denkschriften zu uns spricht. Um feinetwillen vor allem muß man dem Werke von Charmaz recht guten Erfolg wünschen.

Auch ich bin der Meinung, daß in einer Zeit, die in irgend einer Form Mitteleuropa wird neu ordnen müssen, Brucks Vermächtnis nicht unbeachtet bleiben darf. Österreichs große Staatsmänner müssen, wenn auch keiner von ihnen an die Dimensionen Bismarcks heranreicht, in unserm politischen Denken zu Ehren kommen. Denn unsere Zeit wächst wieder in die Aufgaben hinein, die zu Brucks Zeiten noch nicht lösbar waren. Darum unternehme ich es hier, das Vermächtnis Brucks, wie ich es anschau, im Umriß zu deuten.

I.

Österreichs innere Zukunft.

Das große Geheimnis, warum es Bismarck gelang, das Deutsche Reich aufzurichten, was so vielen begabten Staatsmännern und vom besten Willen besetzten Politikern vor ihm nicht gelungen war, beruht wesentlich darin, daß er es verstand, das Interesse Preußens im deutschen Interesse wiederzufinden, den Egoismus des Hohenzollernstaates selber der nationalen Sache dienstbar zu machen. Alle politischen Ideale können nur dann der Verwirklichung entgegenreifen, wenn politische Mächte sich veranlaßt sehen, ihrem Banner zu folgen. Österreich fand, als es in Wettbewerb mit Preußen um die Vorherrschaft in Deutschland stand, den großen Führer nicht, der es verstanden hätte, seinen Staatsegoismus mit der deutschen Sache in Einklang zu bringen. Fürst Felix Schwarzenberg, der Neugestalter der von der Revolution schwer erschütterten Donaumonarchie, der diplomatische Sieger von Olmütz, wäre der berufene Mann gewesen. Aber der skeptische Grandseigneur hielt von den politischen Idealen der deutschen Nation nicht viel und glaubte nicht daran, daß Staaten einen nationalen Beruf haben können, obwohl in seinem Kabinett ein Mitarbeiter saß, der ihm davon hätte überzeugen können und gewiß nichts veräumt hat, oft darauf hinzuweisen, wie bitter nötig auch dem österreichischen Staate

ein politisches Ideal gewesen wäre. Dieser Mitarbeiter war sein Handelsminister Karl Ludwig von Bruck.

Bruck glaubte an den deutschen Beruf eines deutsch geleiteten Österreich. Die im preußischen Geiste schreibende kleindeutsche Publizistik hat solchen Glauben, von ihrem Standpunkte aus mit Recht, mehr oder weniger zu einer politischen Torheit gestempelt. Wir aber werden ihm im Hinblick auf die Zukunftsaufgaben unserer europäischen Politik heute wieder leichter gerecht werden können. Auch wir müssen wieder, wenn schon unter vielfach veränderten Umständen, an den Beruf eines deutsch beeinflussten Österreich glauben, wenn wir wollen, daß die im Krieg vereinten Zentralmächte auch im künftigen Frieden gemeinsamen politisch-kulturellen Zielen dienen. Und wer sollte das nicht wollen, nachdem uns soviel Blut aneinander gekittet hat! Wir müssen heute beweisen, daß Brucks politische Arbeit nicht eine historische Fata morgana war, sondern ein Vermächtnis an die künftigen Generationen, von dem die Geschichte zunächst keinen Gebrauch machen konnte, das uns aber aufbewahrt blieb, damit wir seine Gedanken und Erfahrungen in unsere eigenen politischen Aufgaben verweben könnten.

Brucks Ziel war die Zolleinigung ganz Deutschlands und Österreichs. Sie sollte zur Grundlage einer Gesamtreform des Deutschen Bundes und damit der politischen Einigung Mitteleuropas werden. Das großdeutsche Ideal des Siebzig-Millionenreiches im Herzen Europas und des einheitlichen Wirtschaftsgebietes von der Nordsee bis zur Adria schwebte ihm vor. Man muß diese Pläne auf dem Hintergrunde ihrer Zeit würdigen. Eben hatte in den Frühlingstagen seiner Revolution das deutsche Volk „von der Elbe bis an den Belt“ seine Boten nach Frankreich gesandt, und eben hatte man das stolze Werk der Nationalversammlung scheitern sehen. Dann hatte Preußen durch Abschluß der „Union“ von 1849 das Einigungswerk zu seiner Sache gemacht. Sollte das eben neu erstarkende Österreich da zurückbleiben? Man fühlte doch allgemein, daß man das Jahr 1848 nicht umsonst erlebt hatte, daß man an irgendeinem Gipfel die Arbeit weiter wirken mußte, die in Frankfurt unvollendet geblieben war. Welches politische Ziel aber konnte Österreich dem deutschen Volke weisen? Da war es Bruck, der die Gunst des Augenblicks erfaßte. Jetzt muß Österreich, sagte er, die eignen Rössle vor den deutschen Wagen spannen, dann wird Deutschland niemandem lieber als ihm die Krone des neuen Bundes aufs Haupt setzen. Er proklamierte zum erstenmal von einem Regierungssessel aus den genialen Gedanken Friedrichs Lists, die nationalen Wirtschaftsinteressen zur Grundlage des politischen Ideals zu machen, wie nach ihm auch Bismarck den vorher unpolitischen Zollverein zu einem Instrument preußischer Nationalpolitik ausgenutzt hat. Man muß sich gegenwärtig halten, wie neu nach den politischen Utopien der Revolution Brucks Gedanke war, eine deutsche Zolleinigung zur Grundlage der Gesamteinigung zu machen. Nur dann wird man der staatsmännischen Bedeutung des Ministers gerecht.

Bruck begann seine Propaganda am 26. Oktober 1849 mit einem Artikel der amtlichen Wiener Zeitung und führte dann sein politisch-ökonomisches Programm in zwei grundlegenden Denkschriften näher aus. Die Wiener Regierung wolle sich nicht mehr gegenüber den deutschen Verhältnissen rein negativ verhalten, sondern sie trete mit bestimmten Vorschlägen zu einer wirtschaftlichen Einigung hervor. Aus den drei handelspolitischen Gebieten, in die Deutschland damals zerfiel: den Nordseestaaten, dem Zollverein und Österreich müsse ein einziges werden, das den Bedürfnissen aller Glieder Rechnung trage. Österreich werde von seinem merkantilistischen Prohibitivsystem zum gemäßigten Schutzzoll übergehen, es werde seine Gewichtseinheit und seine Tariffsätze denen des Zollvereins anpassen, und erwarte vom freihändlerischen Norden das nötige Entgegenkommen gegen die Schutzzollinteressen des Südens. Der Zollverein erfülle ja nur die Wünsche seiner eignen Industrie, wenn er sich den österreichischen Schutzzöllen anpasse. Für die nötigen Übergangsperioden machte Bruck praktische Vorschläge. Die Vorteile der Einigung versäumte er nicht, in gehöriges Licht zu stellen: man werde durch Ersparnisse der bedeutend vereinfachten Verwaltung finanzielle Vorteile erzielen; die Wirtschaftskräfte des Zollvereins und Österreichs würden in der Vereinigung nicht bloß summiert, sondern potenziert werden, der anspornende Wettbewerb bedinge erhöhte Leistungsfähigkeit für die Weltkonkurrenz; und endlich werde die ökonomisch fest begründete mitteleuropäische Einheit auch politisch ihr Schwergewicht für den ganzen Erdbteil geltend machen.

Das Ministerium Schwarzenberg benutzte Brucks Programm mit Erfolg im Kampfe gegen die politischen Unionsbestrebungen Preußens. Aber nach dem Siege von Olmütz gelang es bei der nunmehrigen Ordnung der deutschen Verhältnisse auf den Dresdner Konferenzen doch nicht, diese Gedanken zur Geltung zu bringen. Für den Fürsten Schwarzenberg waren sie zu wenig Herzenssache: ihm genügte die einfache Wiederherstellung des alten deutschen Bundes. Bruck gab den Kampf nicht auf. Im Februar 1853 brachte er als Sonderunterhändler in Berlin den preußisch-österreichischen Handelsvertrag zustande, der wirklich einen kleinen Schritt vorwärts auf dem Wege zur mitteleuropäischen Zolleinigung bedeutete. Aber als Finanzminister (1855—1860) hatte er keine Gelegenheit mehr, das finanziell damals fast bankrotte, der italienischen Katastrophe von 1859 zutreibende Österreich zu einer aktiven deutschen Wirtschaftspolitik fortzureißen, und vor seinem Tode blieb ihm nur noch übrig, wenigstens der Nachwelt sein politisches Testament über „Die Aufgaben Österreichs“ (geschrieben im Sommer 1859, zuerst veröffentlicht bei Otto Wigand, Leipzig 1860; bei Charmaß S. 241—281) zu hinterlassen.

Das Ideal Brucks, das einige großdeutsche Mitteleuropa, ist nicht zustande gekommen; Österreich ist heute keine innerdeutsche Macht mehr, aber dafür der in der Not der Zeit uns enger als je zur Seite kämpfende Bundesgenosse des Deutschen Reiches. Darum ist gerade das, was Bruck über die Bedeutung

der deutschen Kultur für Österreich schreibt, trotz des Umschwungs der Zeit keineswegs veraltet. Auch heute wieder regen sich ernsthafte Bestrebungen, die auf eine wirtschaftspolitische Annäherung Deutschlands und des Donaureiches abzielen. Noch wissen wir nicht, wie weit man auf diesem Wege gehen wird. Aber das mögen die Interessenpolitiker hüben und drüben sich gerade von Bruck, der selbst ein Mann der ökonomischen Praxis war, gesagt sein lassen, daß historische und kulturelle Notwendigkeiten sich nicht ungestraft spotten lassen. Auch heute noch weist das eigene wohlverstandene Staatsinteresse Deutschlands und Österreich-Ungarns beide Mächte aufeinander an. Einheiten, die eine tausendjährige Geschichte gefügt hat, kann die Politik einer einzelnen Periode nicht völlig trennen. Als Bruck seinen Glauben an die Gemeinschaft Preußens und Österreichs bekannte, arbeitete die Zeit Tendenz geradezu darauf hin, diesen Glauben Lügen zu strafen. Aber nachher war es doch gerade der große Überwinder Österreichs, Bismarck, der selber neue Wege zu dem alten Verbündeten und Gegner anbahnte. Und der Weltkrieg predigt am allerdeutlichsten jedem, der hören kann, wie notwendig die Einheit ist. Ohne Deutschland wäre der Habsburgerstaat vielleicht schon längst eine Beute der russischen Übermacht, und ohne Österreich-Ungarn würde Deutschland an allen seinen Grenzen umringt und schier erdroffelt. Aus deutschem Geiste saugt auch Österreich seine besten Lebenskräfte: das war immer so in der Geschichte und kann auch heute nicht anders sein. Seine deutsche Lebensader darf sich Österreich nicht unterbinden lassen, wenn es selber leben und lebendige Kultur nach Osten tragen will bis über die Karpathen und den Balkan und an die Gestade des Pontus. Österreich ist Deutschlands anderes Gesicht, ist selber ein zweites Deutschland, untrennbar von unserem eigenen Wesen durchdrungen. Das lebendige Gefühl dafür beginnt in vielen unter uns im Weltkriege wieder zu erwachen, und wollten wir ihm etwa nicht trauen, so bestätigt es uns ein ausländischer Beobachter vom Range Kjelléns („Die politischen Probleme des Weltkriegs“ S. 134). Das ist nichts anderes als die erneuerte politische Erkenntnis Brucks.

Bruck formulierte im Schlußwort seiner Staatschrift von 1859 die Aufgaben Österreichs so, daß man den Geist dieser Forderungen etwa folgendermaßen ausdrücken könnte: Bei aller Rücksichtnahme auf seine eigenartigen Verhältnisse, bei aller notwendigen Schonung und Selbständigkeit der verschiedenen Nationen und Konfessionen muß das große allgemeine Ziel der Staatsentwicklung sein die möglichste Annäherung aller österreichischen Verhältnisse auf wirtschaftlichem, sozialem, kommunalpolitischem, kirchlichem, pädagogischem und verfassungspolitischem Gebiete an die deutschen Zustände. Damit aber hat Bruck auch für unsere Zeit recht. Man hat Österreich für ein politisches Gebilde gehalten, das nicht leben und nicht sterben könne; viele wollten es beseitigen und wußten doch nicht anzugeben, welche Neuordnung an seiner Stelle Bestand zu haben verspräche. Nun, auch unser Deutscher Bund war einmal ein hoffnungsloses Monstrum, und es ist doch das Deutsche Reich aus ihm geworden.

Auch Österreich wird durch seine Zukunft die Welt in Erstaunen setzen, denn es ist das andere Deutschland. Die bisherige Entwicklung Österreichs ist in vielen äußeren Umständen nicht durchaus im Sinne Brucks verlaufen. Statt im Deutschen Bunde selber die führende Stellung zu gewinnen, ist der Kaiserstaat vielmehr aus ihm hinausgedrängt worden. Und auch im Inneren hat weder die Entwicklung des städtischen Mittelstandes, der Industrie und der Schule, noch die Schöpfung und der immer vollständigere Ausbau parlamentarischer Körperschaften so im deutschen Sinne gewirkt, wie Bruck hoffte. Gerade diese Fortschritte haben mindestens ebenso stark der Ausbreitung slawischer und sonstiger Nationalideen genützt. Die polnische, die tschechische, die slowenische Nation und die anderen alle schienen immer mehr gerade durch die modernen Errungenschaften ihr eigenes undeutsches und österreichfeindliches Wesen zu entwickeln. Im Osten wartete der Russe auf den Tag, wo ihm die panslawistischen Früchte von selber in den Schoß fallen sollten. Aber es ist ganz anders gekommen. Als es Ernst wurde, da erkannten die slawischen Völker auf einmal, wie unrusisch sie längst geworden waren. Gerade die Tschechen, die am lärmendsten ihre deutschfeindliche Gesinnung zur Schau getragen hatten, sind ihrer kulturellen Struktur nach längst so deutsch geworden, wie die Deutschen selbst. Der tschechische Mittelstand, die tschechische Arbeiterschaft, die tschechischen Agrarier haben keine andern politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme als die entsprechenden deutschen Volksgruppen. Die tschechische Industrie arbeitet wie die deutsche, die tschechische Schule lehrt nach den Methoden der deutschen, die tschechische Literatur und Bildung tritt der deutschen strebend an die Seite. Was ist an der tschechischen Kultur, das nicht verwandt wäre mit der deutschen, das etwa hinfiebrehte auf die Zustände und Entwicklungstendenzen der russischen? Sogar die tschechische Geburtenstatistik weist nicht mehr die echt slawische unbegrenzte Fruchtbarkeit auf, sondern teilt das zu unserm Leidwesen rettungslos sich verlangsamende Tempo der deutschen. Die übrigen Nationalkulturen Österreichs und auch Ungarns gehen schneller oder langsamer einer ähnlichen Entwicklung entgegen. Auch sie werden, gerade weil sie mit der deutschen Kultur konkurrieren, weil sie ihr in reger nationaler Eifersucht keinen Vorsprung lassen wollen, ihrer Struktur nach notwendig immer mehr der deutschen Kultur sich annähern. An eine Germanisation Österreichs im Sinne Josefs II. und des deutschen Zentralismus ist nicht zu denken, aber gerade infolge des politischen Erwachens der Nationalitäten wird ihre Kultur immer mehr auf die deutsche Stufe rücken. Die große Menschheitsaufgabe, für die gemeinsame Kulturarbeit selbständiger und selbstbewußter Völker politische Formen zu finden, wird, wenn irgendwo, zuerst in Österreich ihrer Lösung entgegenreifen. Noch ist die Menschheit trotz alles Geredes vom Völkerrecht, von internationaler Bildung und Wirtschaft, ein Schemen. Der Egoismus der Völker beherrscht die Bühne; die Nationen sind selber Ansätze zur Menschheit. Keine von ihnen kann in dem Sinne Menschheit werden, daß sie alle andern Völker in sich aufzusaugen

vermöchte. Auch den Engländern, die ja schon glaubten, daß die ganze Welt mit jedem Tage „reizend schnell englisch“ würde, werden, wie der Heldenkampf unseres Volkes gegen ihre Übermacht beweist, die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wohl aber besteht Aussicht, daß mehrere Völker mit der Zeit immer vollkommener in einen bestimmten Kulturkomplex hineinwachsen, verwandte Bildungs- und sich ergänzende Wirtschaftsinteressen bekommen und dann über die nationalen Staatsformen hinaus und unbeschadet ihrer Eigenheit, auch gemeinsam politische Formen finden werden. Österreich-Ungarn ist seiner kulturellen Struktur nach, und nach Maßgabe seiner Entwicklungsmöglichkeiten ein Deutschland außerdeutscher Völker, es ist eben Deutschlands anderes Gesicht. Es erzieht seine Nationalitäten nach und nach zur Reife, und wird als Frucht seiner schweren Kämpfe und Versuche schließlich ihrer gemeinsamen Kulturarbeit einen politischen Rahmen schaffen.

Niemand kann heute schon prophezeien, wie dieser einmal aussehen wird, ob ein polnischer oder serbischer oder rumänischer Staat als dritter, vierter und fünfter im Bunde dem heutigen Zis- und Transleithanien gleichberechtigt an die Seite treten könnte, ob das Prinzip der Personalunion die heutige Realunion zwischen Österreich und Ungarn ablösen wird. Niemand weiß, mit welchem Ergebnis der Weltkrieg abschließen wird, und welcher Art die Selbstständigkeit Galiziens sein soll, die der alte Kaiser Franz Josef noch im Monat eines Todes in Aussicht gestellt hat. Dringend wünschenswert gerade auch im Sinne Bruck'scher Gedanken und im Sinne der Bestrebungen aller gut österreichischen Patrioten ist es, daß das engere Zisleithanien ohne Galizien und Dalmatien, die ehemaligen deutschen Bundesländer, auch künftig eine staatliche Einheit und von maßgeblichem Gewicht innerhalb der Gesamtmonarchie bleiben. Hier bilden die Deutschen die kompakte Mehrheit, und von hier aus kann für alle Zeiten dafür gesorgt bleiben, daß das deutsche Volksinteresse in der Gesamtmonarchie die nötige Berücksichtigung erfährt. Die übrigen Nationen dieses engeren Zisleithanien: Tschechen, Slowenen und Italiener, sind diejenigen, die ihrer kulturellen Zusammensetzung nach am meisten den Deutschen angenähert sind, mit denen man also auch am leichtesten Formen selbst engeren politischen Zusammenlebens finden wird. Man darf sich durch die Hitzegrade der nationalen Eifersucht in Prag oder Laibach in dieser Einsicht nicht beirren lassen. Wer weiß, ob alles nach dem Kriege so schlimm wiederkehrt, und wenn auch: es wird vorübergehen!

Innerhalb und außerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle war Kleinmut über Österreichs Zukunft oft an der Tagesordnung. Aber der Glaube, den Bruck in besonders trüber Zeit, nämlich unmittelbar nach der italienischen Niederlage von 1859, bewährte, hat doch immer wieder recht behalten. Und war das historische Schicksal seinen Plänen auch nicht günstig, seine Grundgedanken sind doch nicht alt geworden, und die Fackel seines Geistes vermag auch in die Zukunft Österreichs, die wir Zeitgenossen des Weltkriegs erwarten dürfen, wegweisend zu strahlen.

II.

Die Zukunft der deutschen Weltpolitik.

Im Jahre 1859 schrieb Bruck, es sei Österreichs Aufgabe, zu verhindern, daß Deutschland ökonomisch einseitig nach Norden gravitiere. Wenn es nicht gelinge, der wirtschaftlichen Zusammenfassung eine bundesrechtliche Grundlage zu geben, wenn der separate Zollverein weiter bestehe, dann müsse er notwendig den Bund sprengen und eigene Wege einschlagen. Tatsächlich ist es ja sehr bald so gekommen.

Der deutsche Handel hat zwei natürliche Wege in die Welt hinaus: nach Süden und Südosten in die alten Kulturländer des Mittelmeers und weiter durch den Suezkanal in den Indischen und Großen Ozean, und nach Nordwesten aus der deutschen Bucht durch die englischen Gewässer in den Atlantischen Ozean. Im Altertum und Mittelalter war das Atlantische Meer der äußerste Westen, das Ende der Welt. Folglich war Deutschlands wirtschaftliches Gesicht überwiegend dem Süden zugekehrt. Kreuzzug und Römerfahrt wiesen auch dem Kaufmann den Weg. In Schwaben, Franken und am Rhein lagen unsere großen Handelsstädte. Der hanseatische Norden bildete ein besonderes eigenartiges Handelsgebiet, das mehr um die Ostsee als um die Nordsee herum gruppiert und jedenfalls keineswegs an atlantische Welthandelsstraßen angeschlossen war, weil es eben diese damals noch gar nicht gab. Mittelmeerkultur und Ostseekultur waren im Altertum getrennte Zentren der europäischen Menschheit gewesen, deren jedes über einen ziemlich selbständigen ökonomischen Blutkreislauf verfügte. Diese alte Tatsache wirkte in der gesamten Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters noch nach. Sie erklärt den Gegensatz der Politik Friedrich Barbarossas und Heinrichs des Löwen, begründet den Widerstreit zwischen italienischen Interessen und ostdeutscher Kolonisation, zwischen Kreuzzugsimperialismus und Ostseeherrschaft. Daß es einen, gegenüber dem griechisch-lateinischen, selbständigen nordischen Kulturkreis gegeben hat, hat erst die moderne germanische Anthropologie und Archäologie aufgeklärt. Die gründliche Aufhellung der Nachwirkungen dieser alten Kulturantithese in der deutschen Geschichte bleibt sogar erst noch künftiger Forschung und Darstellung überlassen. Die lateinische Kultur mußte in Deutschland über die nordische siegen, weil sie an die Wege des Welthandels angeschlossen war, während die nordische am Rande der Welt lag. Alle höhere Kultur des deutschen Mittelalters und auch der ersten Jahrhunderte der Neuzeit wurde lateinisch, und im wesentlichen erst im neunzehnten Jahrhundert hat unsere Bildung begonnen, dagegen zu reagieren. Seit der Entdeckung des atlantischen Seewegs waren die Welthandelsmöglichkeiten gründlich verwandelt. Mehr und mehr waren es die westlichen Randländer unseres Erdteils, die den Reichtum der Welt zuerst auffogen, während die Handelsplätze Italiens und der Levante in ihrer Bedeutung stark zurückgingen. Jetzt erst konnte der Weg zu den Schätzen der Welt auch durch die Nordsee führen. Deutschlands Kultur schaute nun nicht mehr überwiegend

nach der alten lateinisch-griechischen Küste, sondern nach der neuen Seite, von der der atlantische Seewind pfliff.

Das neunzehnte Jahrhundert brachte die Blütezeit des englischen Freihandels und damit die Fiktion von der Freiheit des Weltmeeres. Wir müssen uns nämlich darüber klar werden, daß die vielberufene Freiheit der Meere bisher eine Fiktion war. Der Ozean hat tatsächlich immer einen Herrscher gehabt: der Reihe nach Portugal und Spanien, Holland und zum Teil auch Frankreich, seit Cromwells Zeiten immer unbestrittener Großbritannien. Seit Trafalgar konnte bis zum Weltkrieg kein Gegner mehr gegen England auftreten, und nur weil die Meeresherrscherin Britannia so gewaltig war, daß sie gar keine Konkurrenz mehr zu fürchten hatte, und es zu ihrem eigenen Vorteil für angemessen fand, den Freihandel zu proklamieren, schien es, als ob das Meer frei wäre. Auf Grund dieser Fiktion hat der deutsche Handel nach der atlantischen Seite entstehen können und ist emporgeblüht, bis er eines Tages England gefährlich erschien, und die eifersüchtige Seetrynannin das Tor zum angeblich freien Meere zuwarf. Wir vertrauen darauf, daß es zu spät ist, und wir sind entschlossen, den Riegel gewaltsam zu sprengen. Aber bedeutsame Lehren für unsere historische und politische Erkenntnis sollten wir aus diesem Hergang ziehen.

Durch die Entwicklung des Weltverkehrs seit dem sechzehnten Jahrhundert hatten sich die Welt handelswege verschoben. Viele Tausende von Kauffahrern bevölkerten den Ozean, und die Länder und Küsten des europäischen Südostens und des Orients versanken in Stagnation. Auch wir Deutschen gaben uns eine Mühe, die verschütteten orientalischen Handelswege irgendwie zu öffnen. Alle natürlichen Bedingungen wiesen uns nach dem Atlantischen Ozean, und da England seine Seeherrschaft durch den Freihandel maschierte, so schien ja dieser Weg auch vollkommen frei zu sein. Wozu hätten wir uns da, bei unsrer erst seit 1870 behobenen politischen Ohnmacht, die nutzlose Mühe geben sollen, den Lauf der natürlichen Verkehrsentwicklung irgendwie zu korrigieren! Längst ehe der Kaiser das glückliche Schlagwort prägte, suchten die vorwärts strebenden Kreise der deutschen Volkswirtschaft unsere Zukunft mehr und mehr auf dem Wasser. So verschob sich der ökonomische Schwerpunkt unserer Nation nach Norddeutschland, und der politische folgte ihm notwendigerweise. Daß ein preussischer Zollverein ohne und schließlich gegen Österreich möglich wurde, daß eine kleindeutsche Handelspolitik entstehen und zu höchster Blüte gelangen konnte, kennzeichnet am besten den Verlauf der Dinge. Aber das alles — wir müssen es heute erkennen! — ist nur möglich gewesen, weil die Fiktion des freien Meeres bestand. Wahrscheinlich war es Englands größter weltgeschichtlicher Fehler, daß es nicht schon längst mit dem Freihandel brach und die deutsche Kriegsflotte so mächtig werden ließ wie jetzt, wo sie uns, wie wir hoffen, den Zugang zum Meere erzwingen wird. Heute ist der entscheidende Kampf da, und er steht günstig für uns. Nichtsdestoweniger sind wir für den Augenblick

von dem atlantischen Handelsweg fast ganz abgesperret, und wären vielleicht doch erdroffelt worden, wenn wir nicht die lange Zeit zu gering geachtete Gasse nach Südosten gehabt hätten. Unsere atlantische Handelsentwicklung, so glänzend sie gewesen ist, war bisher doch nur auf einer Fiktion aufgebaut, unser Zugang zum Weltmeer hing vom guten Willen unseres nun zur Genüge erkannten Veters jenseits des Kanals ab. Das hätte leicht unser Verderben werden können, wenn nicht die Einsicht unserer über Gebühr geschmähten Regierungspolitik trotz der atlantischen goldenen Hesperidenäpfel die angestammte historische Verbindung mit Österreich und dem Wege nach Südosten erhalten hätte und wenn nicht die Tüchtigkeit unseres Volkes uns immer wieder auch durch die größten Bedrängnisse durchhülfe. Schon vor dem Weltkriege begann uns die Bedeutung des Weges Berlin—Wien—Konstantinopel aufzugehen. Aber dem Manne, der in der Maienblüte des Freihandelsdogmas und in dem Augenblick, wo sich die Loslösung Kleindeutschlands von Österreich, d. h. ökonomisch die endgültige Wendung der deutschen Wirtschaftsfront nach dem Atlantischen Ozean, unabwendbar vorbereitete, an leitender Stelle den festen Glauben bewahrte und verkündete, daß das Heil des deutschen Volkes von der freien Verkehrs- und Kulturverbindung mit dem Südosten nicht unabhängig sei, dem gebührt heute ein besonderes Denkmal. Und das war der österreichische Minister von Bruck. Nennt man künftig die Namen der großen deutschen Staatsmänner, so soll man den seinen nicht mehr vergessen!

Die Erziehung der deutschen Wirtschaftsinteressen im Zollverein in vorwiegend atlantischer Richtung (d. h. ihre Basierung auf die Nordseehäfen) war möglich geworden, weil England — natürlich im eigenen Interesse — sie zuließ. Diese Entwicklung bildete wiederum den ökonomischen Hintergrund der politischen Hegemonie Preußens, und die politische Erstarkung Deutschlands veranlaßte ihrerseits den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung. Dieser bedingte die erst zögernd einsetzende, aber immer notwendigere Kolonial- und Flottenpolitik. So kamen wir durch die unabänderliche Tragik der Entwicklung in den Gegensatz zu England und damit in den Weltkrieg.

Es ist möglich, ja sogar recht wahrscheinlich, daß der Friede, der diesen Krieg eines Tages beschließen wird, uns irgendwelche Verträge beschert, in denen die Freiheit der Meere fester und feierlicher denn je verbürgt wird. Man wird in Zukunft von völkerrechtlichen Kulissen noch viel ausgiebiger Gebrauch machen als bisher. Aber jedem einsichtigen Politiker ist es klar, daß die wirkliche Freiheit der Meere hinter den völkerrechtlichen und moralischen Aufbauten von den Machtverhältnissen auf dem Ozean abhängen wird, die das Ergebnis des Krieges bilden. Für Deutschland wenigstens wird das Weltmeer nur nach dem Grade unserer Macht frei sein, die wir in die Waagschale werfen können. Solange sich die Geographie nicht ändert und unser Anteil an der Küste auf den Winkel der Deutschen Bucht beschränkt bleibt, so lange können wir bei ungünstiger weltpolitischer Konstellation jederzeit wieder einmal

abgesperrt werden. Auch eine weitere Entwicklung unserer Kriegs- und Handelstauchoote wird die Ungunst unserer geographischen Lage niemals ausgleichen. Denn dieselbe Technik, die Unterseeboote bauen kann, wird auch Mittel finden, das Meer gegen diese abzusperren. Solange die britischen Inseln für uns wie ein Riegel vor dem Weltmeer liegen, und dort ein Gegner sitzt, der die gehörigen Machtmittel in den Händen hat, ist unser atlantischer Weltwirtschaftsweg ewig bedroht. Um diese Bedrohung abzuschwächen, ist der Besitz der belgischen Küste für uns notwendig. Nur ein deutscher Kriegshafen in Zeebrügge ist dem Feinde am Kanal nahe genug, um diesem eine gründliche Sperre wenigstens sehr zu erschweren. Darum dürfen wir von Belgien unter keiner Bedingung die Hand wieder lassen, wenn wir den Krieg mit einem Sieg abschließen wollen, der diesen Namen überhaupt verdient. Eigentlich müßten wir unsere Machtsphäre sogar mindestens bis Calais oder Boulogne ausdehnen. Erst dann könnten wir sagen, daß wir einen halbwegs freien Zugang zum Atlantischen Ozean hätten. Ein solcher Gewinn ist aber nicht wahrscheinlich. Und weiter: mögen wir auch England jetzt besiegen, das britische Weltreich können wir doch nicht umstürzen. Dieses Reich aber wird uns nach dem Kriege wirtschaftlich weiter bekämpfen. Die Vereinigten Staaten sind, während Europa sich zerfleischt, mächtig erstarbt an Kapitalmacht und ökonomisch-politischem Selbstbewußtsein. Sie sagen uns das auch schon ganz deutlich in Wilsons Noten und Botschaften. Was aber Südamerika oder Ostasien anlangt, so weiß heute niemand, ob nicht das Zwanzigste Jahrhundert dort neue Weltmachtzentren schaffen, und ob nicht auch von da aus eines Tages eine aggressive Macht- und Wirtschaftspolitik einsetzen wird. Selbst wenn wir also einen freien Zugang zum Atlantischen Ozean erstritten, so kann doch heute niemand mit Sicherheit wissen, ob uns der dann noch so viel nützen würde, wie früher zu erwarten stand. Wir hoffen natürlich das Beste, und manche Kenner des Weltwirtschaftswesens beruhigen uns. Aber als utopisch lassen sich die Autarkiebestrebungen der großen Welt- und Wirtschaftsmächte heute nicht mehr abtun. Die „offene Tür“ ist in aller Welt ein zweifelhaftes Faktum geworden, und weniger denn je wird der Handel unbeeinflusst von den politischen Machtverhältnissen seine Wege suchen können. Wenn darum jetzt das Schlagwort „Freiheit der Meere!“ bei unsern Kriegszilerörterungen eine große Rolle spielt, so wollen wir doch ja aufpassen, daß wir uns von ihm nicht in einen Nebel einhüllen lassen. Wir wissen noch nicht, welchen Einfluß die politisch-ökonomische Konzentration der Weltvölker auf den Handel haben wird, und wissen darum auch nicht, ob die „Freiheit der Meere“ so wirksam für uns wird, wie wir wünschen möchten. Nicht die Freiheit, sondern nur die Herrschaft könnte den Verkehr auf dem Ozean mit Sicherheit nach unserm Gefallen gestalten. England hat diese Erfahrung nicht umsonst dargeboten. Eine solche Herrschaft aber, wie sie England ausgeübt hat, wird in Zukunft nicht mehr sein. Uns zumal kann sie nach menschlicher Voraussicht nicht zufallen.

Darum kann Deutschland sich nicht allein auf seine atlantische Expansion verlassen. Diese große Errungenschaft des neunzehnten Jahrhunderts muß mit allen Kräften erhalten werden, aber nicht eindringlich genug kann man darauf hinweisen, daß die viel ältere historische Aufgabe des deutschen Volkes die Expansion nach Osten und Süden ist. Vor dem Kriege durfte man das nicht laut sagen, weil der status quo damals unantastbar war. Aber jetzt gelten diese Rücksichten nicht mehr. Wir brauchen Siedlungsgebiet im Osten und ein Absatzgebiet im Süden und Südosten, das uns kein Feind nehmen kann. Wird die Wirtschaftsfläche der Erde unter die Weltvölker verteilt, so wollen und müssen wir unsern festen Anteil haben. Es gilt mit Recht für einen besonderen Vorzug des russischen Imperiums, daß das Expansionsgebiet: Sibirien, Kaukasien, Turkestan, überall unmittelbar an das Kernland sich anschließt. Nun, ein Imperium wollen wir uns nicht erobern, wohl aber können wir mit unsern Bundesgenossen zusammen ein geschlossenes Gebiet freien Kultur- und Wirtschaftsaustausches, den uns kein Feind behindern kann, von der Nordsee bis zum Indischen Ozean bilden, und könnten an dieses auch verhältnismäßig leicht eine runde und genügend große Kolonialherrschaft in Afrika anschließen. Das sind keine Utopien, sondern geographisch und politisch sichergestellte Aussichten und Ziele, die auch dem historischen Veruf unseres Volkes entsprechen. Die atlantische Expansion behält dabei ihr volles Recht. Die Gasse nach Südosten ist nur unsere notwendige Sicherung für den möglichen Fall, daß der atlantische Weg früher oder später wieder einmal Hemmungen erfährt. Das Programm Berlin—Bagdad soll nicht unsere Seegelung mindern oder überflüssig machen, sondern sie ergänzen und uns eine uneinnehmbare weltpolitische Basis sichern. Das mögen die Interessenten der Atlantischen Expansion, die heute schon allzu gern Wasser in den Wein der Begeisterung für einen dauernden Wirtschafts- und Kulturbund Mitteleuropas schütten möchten, sich doch ja vor Augen halten!

Ein dauerndes enges Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ist für uns eine Lebensnotwendigkeit. Das ist die weltpolitische Erkenntnis des Ministers von Bruck, die heute wieder Geltung bekommt. Dieses Bündnis bedingt eine umfassende Kulturarbeit im Sinne bewußter Annäherung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Die Nationalkulturen der Donaumonarchie müssen nach und nach auf die Höhe der deutschen gehoben werden, und die deutsche Nation muß ihre führende und völkerverbindende Aufgabe begreifen. Und wie die verschiedenen Nationen, so muß das deutsche Kulturbewußtsein auch die verschiedenen Konfessionen umfassen, die nun in unseren weltpolitischen Gesichtskreis rücken. Einen Kulturkampf gegen irgendeine Kirche konnte sich einst Kleindeutschland leisten. Wir aber müssen die Konfessionen wieder ebensogut wie die Nationen als feste Gehege eines bestimmten Kulturbestandes achten lernen. Je weiter wir nach Südosten vordringen, desto wichtiger werden die Konfessionen als gruppenbildende Volksmächte. Kirchen sind keine Privatvereine,

sondern öffentliche soziale Körper, die man in ihrer Eigenart gelten lassen muß, so gut wie die Nationen. Es ist nicht überflüssig, dies im Zusammenhang mit unseren weltpolitischen Zukunftsaufgaben zu betonen. Denn auf dem Schaubrett unserer künftigen mitteleuropäischen und orientalischen Politik werden die Konfessionen wie die Nationalitäten als bestimmte Figuren stehen. Wir kirchlich meist lauen, oft fast indifferenten Protestanten, wollen gewöhnlich nicht zugeben, daß Konfessionen politische Größen sind. Diese Erkenntnis ist aber eine wichtige Voraussetzung unserer künftigen Weltpolitik. Auch hier ist Bruck uns vorausgegangen. Er war als reformierter Protestant österreichischer Minister in der Konfordszeit und hat als solcher lernen müssen, mit politischen Konfessionen zu rechnen. Bruck nennt sein politisches Prinzip in dieser Beziehung das der „Unterscheidung“ zwischen Staat und Kirche. Weder soll eine Kirche durch Konfordsherrschaft den Staat für ihre Zwecke benutzen dürfen, noch soll der Staat durch „Trennung“ von den Kirchen so tun, als könnte er die politischen Konfessionen ignorieren. Er soll vielmehr den Kirchen wie den Nationalitäten, die er umfaßt, einen bestimmten Lebensraum zuweisen, der ihrer Bedeutung entspricht und ihr Nebeneinanderleben möglich und ersprießlich macht. Das sind alles Dinge, in denen die österreichische politische Erfahrung uns weitaus überlegen ist. Für alle mitteleuropäische Politik ist und bleibt zweifellos für jeden, der sehen will und kann, die römische Kirche als verbindendes Element zwischen den Nationalitäten und als festgewurzelter kulturpolitischer Faktor hochwichtig und unerseßlich. Aber auch die griechischen Kirchen sind diplomatisch zu behandeln. Wo es möglich ist, wäre ihre Annäherung an Rom im Interesse des abendländischen Kultureinflusses und der Vereinfachung des politischen Schachbrettes zu befördern.

Unsere Weltpolitik darf nicht nur wirtschaftlich bestimmt sein, sondern muß auch Weltsozial- und Kulturpolitik werden, muß alle in ihr Gebiet fallenden sozial-kulturellen Gruppenbildungen der Menschheit in ihrer Totalität mit ins Auge fassen und ihr Gewicht klug abschätzen und für sich verwenden lernen. „Man darf nicht vergessen“, schrieb Bruck (bei Charmaß S. 268), „daß die Finanzkraft und der Kredit eines Staates ebenso wie seine nachhaltige Wehrkraft nicht abstrakt aus sich oder an und für sich bestehen: sie sind vielmehr das Ergebnis seiner entwickelten Hilfsquellen, aller Verhältnisse und Zustände.“ Auch die Wirtschafts- und Wehrkraft Mitteleuropas wird also nicht aus sich und an und für sich bestehen, sondern alle seine inneren Verhältnisse und Zustände werden sie und darum auch jede künftige Weltpolitik unserer Nation bestimmen.

III.

Die Zukunft Italiens.

Bruck's politisches Programm umfaßte nicht nur Deutschland, Österreich-Ungarn und den europäischen Südosten, sondern ein ganz besonderer Platz kam auch noch dem Nachbar im Süden, dem vielbegehrten Italien zu. „Nord-

italien mit seinen Mittelmeerhäfen", schrieb er (vgl. Charmaß S. 274 ff.) „bildet eine natürliche Ergänzung, ein südliches Vorland von Deutschland, wie an diesem umgekehrt Italien seine militärische und wirtschaftliche Ergänzung, sein großes nördliches Hinterland findet". Frankreich und am Pontus sogar Rußland erreichen selbst das südliche Meer; Mitteleuropa braucht den Durchgang durch Oberitalien, um diesen Anschluß zu finden. Deswegen greift das Verlangen des uns heute feindlichen Italien nach Triest nicht mehr und weniger als unsere Lebensinteressen an. Die historische Anziehungskraft, die Italien immer auf die germanischen Stämme ausgeübt hat, war keineswegs romantischer Natur, sondern der Trieb nach gesteigertem Dasein, nach dem Reichtum und dem quellenden Leben des Südens führte die Schwärme der Völkerwanderung und die Römerheere der deutschen Könige über die Alpen. Mit Unrecht haben manche Geschichtsschreiber, deren Blick allzu eng an der Heimat haftete, die italienische Politik der Ottonen, der Salier und Staufer für Vergeudung der deutschen Nationalkraft gehalten. Barbarossa war kein Romantiker und sah trotz seiner Vernachlässigung der ostdeutschen Kolonisation weiter als die sächsischen Partikularisten unter Heinrich dem Löwen. Soviel erreichte die staufische Politik doch, daß die lombardischen Städte und die großen italienischen Häfen wirtschaftspolitisch an Deutschland angeschlossen blieben. Öfters bestand die Gefahr, daß Italien ganz dem französischen Einflusse verfiel. Man braucht nur die Namen Karls von Anjou, Franz des Ersten und Napoleons zu nennen. Es gelang aber stets, die Gefahr zu beschwören. Das Haus Habsburg trat in die Fußtapfen der Staufer und hat mit seiner italienischen Politik auch der deutschen Nation manchen wichtigen Dienst geleistet. Nur die habsburgische Herrschaft in Italien hat es verhindert, daß andere für uns gefährliche Fremdherrschaften dort aufkamen. Deutschland hatte nach Bruck richtiger Erkenntnis nur die Wahl, „entweder selbst in Italien zu herrschen oder dort eine fremde Macht herrschen und auch die italienischen Kräfte gegen Deutschlands Sicherheit und Wohlfahrt verwendet zu sehen". Wir haben es ja nunmehr erfahren, wohin es geführt hat, daß Deutschland die nationale Einheit und Unabhängigkeit Italiens zulassen mußte. Ist die wirtschaftliche Gefahr seines Anschlusses an unsere Gegner heute nicht mehr so schwerwiegend wie früher, so ist doch die militärische Bedrohung unseres Daseins wesentlich größer: neben Frankreich im Westen, Rußland im Osten stürmt Italien als dritte europäische Landmacht vom Süden her auf uns ein.

Als Bruck sein politisches Testament schrieb, hatte Österreich eben die Lombardei verloren. Aber Venedig besaß es noch, in Rom regierte noch der Papst, in Neapel die Dynastie der Bourbonen. Noch war Italien keine Einheit, noch bestand die Möglichkeit seiner Beherrschung. Bruck plante damals ebenso wie die Ausdehnung des deutschen Zollvereins auf den gesamten deutschen Bund, so auch einen italienischen Bund auf der Basis eines italienischen Zoll-

vereins. Er schlug vor, die italienischen Gebiete Österreichs aus dem Zollverbände der Monarchie herauszunehmen und sie diesem italienischen Zollverein anzuschließen. Der gesamtdeutsche und der gesamtitalienische Zollverein sollten in ein freundliches handelspolitisches Verhältnis treten. Dieses entspreche nur der Natur der Dinge, denn während die italienische Produktion mit der südfranzösischen, spanischen, algerischen, griechischen im Verhältnis der Konkurrenz stehe, könnten die deutsche und italienische Produktion einander nur ergänzen.

Die Geschichte entschied auch in Italien nicht für Bruck's Pläne. Aber die politischen Erkenntnisse, von denen er ausgegangen war, sind keineswegs Lügen gestraft worden, hat doch Bismarck sehr bald durch Abschluß des Dreibundes ihnen Rechnung getragen. Man machte jetzt also den Versuch, nachdem Italien jeder deutschen Herrschaftsphäre entglitten war, durch Bündnisvertrag den Zusammenhang Mitteleuropas mit seiner südlichen Halbinsel aufrecht zu erhalten, der vorher ein Jahrtausend lang durch Herrschaft gesichert gewesen war. Dieser Versuch ist mißlungen. Nicht, daß Bruck etwa sich geirrt hätte über das natürliche wirtschaftliche Ergänzungsverhältnis der Dreibundländer. Italien erfährt jetzt selber in seiner kläglichen Abhängigkeit von der englischen Kohle und der englischen Schifffahrt, wohin es gelangt, wenn es sich feindlich gegen Deutschland und Österreich-Ungarn abschließt. In Italien haben die geistigen Antipathien über die materiellen Sympathien gesiegt — übrigens ein prächtiger Tatsachenbeweis gegen jede einseitig ökonomische Geschichtsauffassung. Das Königreich Italien steht seiner geistigen Kultur nach ganz unter dem Einflusse des westeuropäischen Liberalismus und Nationalismus, es ist ein zweites Belgien in dieser Hinsicht (vgl. meinen Aufsatz in den Grenzboten 1916, Nr. 51). Die italienische Seele ist wider uns vergiftet. Was viele Tausende deutscher Romfahrer nicht zu sehen vermochten oder nicht gestehen wollten, daß das neue Italien trotz aller Dreibundpolitik Haß und Widerwillen, Rachsucht und Verfolgungsgeist wider seine deutschen Weggenossen gezüchtet hat, das ist vor unsern Augen Ereignis geworden. Die Geistes Saat des von Frankreich verblendeten Garibaldianismus ist blutig in die Palme geschossen. Die italienische Seele ist uns genommen. Wir werden die traurigen Folgen nur bessern, wenn wir ihr die verderbliche Liebe zur Jakobinerkultur austreiben.

Was werden wir tun können? Eine neue Herrschaft Österreichs über Italien ist unmöglich, doch mag die Monarchie ihre Grenze soweit vorschieben, daß in Zukunft die lombardisch-venetianische Ebene unter den k. k. Kanonen liegt. Fast noch wesentlicher aber dürfte es sein, von innen heraus Italiens politische Kultur zu erneuern. Die wirtschaftlichen Vorteile des Anschlusses an Mitteleuropa müssen den Italienern wiederum möglichst zu Bewußtsein gebracht werden. Darum wollen wir uns auch vor der nationalistischen Torheit hüten, den Reiseverkehr nach Italien künstlich einzuschränken, wie entrüstete Patrioten bei uns fordern. Solche moralische Unkosten verteuern die Politik. Auch werden wir in Italien für eine geeignetere Presse sorgen müssen, als wir sie

vor dem Kriege hatten. Vor allem aber müssen wir gegen den deutschfeindlichen Liberalismus in Rom und Mailand den bisher im Schmollwinkel verharrenden italienischen Katholizismus mobilisieren. Voraussetzung dafür ist die Versöhnung des heiligen Stuhls mit dem Königreiche Italien. Die Wiederherstellung des Kirchenstaates könnte uns ganz recht sein, wenn sie möglich wäre. Da man sich diese Möglichkeit aber nicht vorstellen kann, und die römische Kirche auch selber sehr genau weiß, daß sie durch den Verlust des weltlichen Patrimoniums gewiß nicht an Macht eingebüßt hat, so wird sich ihre Versöhnung auch ohne Zerstückelung der italienischen Einheit erreichen lassen.

Das jetzige italienische Garantiegeseß hat vollkommen versagt. Die Klage des Papstes über seine Gefangenschaft im Vatikan war nicht unberechtigt. Es hat sich gezeigt, wie es mit der Freiheit seines diplomatischen Verkehrs mit den Gegnern Italiens bestellt ist. Die Behandlung des Oberhauptes der römischen Kirche darf in Zukunft keine italienische Angelegenheit mehr sein. Wir müssen durchsetzen, daß der heilige Stuhl unter internationale Garantie gestellt wird. Es ist zu hoffen, daß die Kirche dann zu Gegendiensten bereit sein und den Katholiken die Teilnahme an der inneren Politik Italiens gestatten wird. Hat in Rom erst einmal der dem Engländer- und Franzosentum mit Haut und Haaren verschriebene Garibaldiberalismus abgewirtschaftet, dann wird es auch möglich sein, die politische Kultur Italiens nicht bloß innerhalb des Katholizismus stärker mit dem deutschen politischen und geistigen Leben zu verbinden.

Uns Deutsche erwarten nach dem Kriege riesengroße politische Organisationsaufgaben in und außer unserem Vaterlande. Wir brauchen zu ihrer Lösung klare Gedanken und ein großes Herz. Möchte sich beides aus dem Vermächtnis der großen Staatsmänner unsrer Vergangenheit auf uns vererben!

